Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Text-Millimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. **Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6** Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 6 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 8. Januar 1934

Die Welt in Waffen.

Zahlen, die der Deutsche kennen muß.

NSK. In immer heftigerem, nervösem Tempo rüstete in den letzten fünfzehn Jahren die Welt auf. Das gegenseitige Mißtrauen ließ die Staaten nicht ruhen, sie rüsteten und rüsteten — obwohl der Versailler Vertrag sie alle zur Abrüstung verpflichtet. Nichts ist für die Beurteilung der europäischen Lage interessanter und aufschlußreicher als die Betrachtung der nüchternen Zahlen der europäischen Rüstungen.

Während Deutschland mit seinen 65 Millionen Einwohnern nur eine Reichswehr von 100 000 Mann, nebst 288 leichten Geschützen und Flaks erlaubt wird, besitzt Frankreich bei 41 Millionen Einwohnern ein stehendes Heer von 656 000 Mann, 2150 leichte Geschütze und Flaks, 1050 schwere Geschütze, 3410 Tanks und Straßenpanzerwagen, 4500 Kriegsflugzeuge.

Polen bei 32 Millionen Einwohnern hat ein Friedensheer von 337 000 Mann, 1700 leichten Geschützen und Flaks, 450 schweren Geschützen, 320 Tanks und Straßenpanzerwagen, 1000 Kriegsflugzeugen. Es folgt die Tschechoslowakei mit 14,7 Millionen Einwohnern: Friedensheer 140 000 Mann, 890 leichte Geschütze und Flaks, 412 schwere Geschütze, 70 Tanks und Straßenpanzerwagen, 950 Kriegsflugzeuge. Belgien mit 8,1 Millionen Einwohnern besitzt an Friedenstruppen 75 000 Mann, 383 leichte Geschütze und und Flaks, 192 schwere Geschütze, 50 Tanks und Straßenpanzerwagen, 400 Kriegsflugzeuge.

England, die größte Seemacht, besitzt im Frieden 276 000 Mann, 1934 leichte Geschütze und Flaks, 906 schwere Geschütze, 300 Tanks und Straßenpanzerwagen, 2450 Kriegsflugzeuge. Im Vergleich zu Frankreich ist Italiens Stärke gering. 434 000 Mann im Frieden, 1240 leichte Geschütze und Flaks, 900 schwere Geschütze, 404 Tanks und Straßenpanzerwagen, 1501 Kriegsflugzeuge. Im Osten hält Sowjetrußland eine Friedensarmee von etwa 1 200 000 Mann, 675 schwere Geschütze, 600 Kampfwagen und eine geheimgehaltene Zahl von Militärflugzeugen, die im Kriegsfall die jedes anderen Staates übertrifft.

Im Kriegsfall ergeben sich folgende Verhältnisse:

100 000 Mann Deutsche,
5 Millionen Franzosen und Schwarze,
700 000 Belgier,
3,5 Millionen Polen,
1,5 Millionen Tschechoslowaken.

Im Osten stehen im Kriegsfall über sieben Millionen Russen marschbereit! Zur See kommen hinzu die ungeheuren Rüstungen Englands und Frankreichs. Besonders Frankreich hat in einer Weise mit Kreuzern, Zerstörern und U-Booten aufgerüstet, daß Englands frühere Überlegenheit auf dem Meer schwer bedroht ist. Hinter diesen Heeren und Flotten stehen gewaltig gesteigerte, in Polen ganz neu geschaffene Kriegsindustrien.

Und der Schutz der Grenzen und Küsten? An unserer Westgrenze ist nicht nur das ganze linke Rheinufer entmilitarisiert, sondern auch rechts vom Rhein läuft ein entmilitarisierter Streifen von 50 Kilometern, in dem sich keine deutschen Befestigungen befinden dürfen. Auch hinter dieser Zone besitzen wir in Deutschland kaum irgendeine wertvolle Befestigung. Dabei liegt unsere Hauptindustrie vollständig im Wirkungsbereich ausländischer Kriegsflugzeuge, speziell an den Grenzen und bedürfte besonderen Schutzes.

Im Gegensatz hierzu haben alle anderen Länder ihre Befestigungen stark, Frankreich sogar so ungeheuer ausgebaut, daß letztere absolut als Angriffsfestungen anzusprechen sind, denn ihre Ferngeschütze reichen fast bis München und über das Frankfurter Industriegebiet.

Nördlich der Befestigungen, die südlich der Vogesen, auf diesen selbst und vor diesen bei Straßburg und dem Oberrhein entlanglaufen, zieht sich ein 220 Kilometer langes und etwa 30 Kilometer tiefes, 10 bis 15 Kilometer hinter der Grenze liegendes Befestigungssystem, das mit 8 Milliarden Franc errichtet, das ungeheuerlichste ist, was die Welt je gesehen hat.

Tief in der Erde fahren die Schnellzüge mit Truppen und Mannschaftstransporten, riesige Vorräte an Munition und Lebensmitteln liegen 30 bis 70 Meter unter dem Boden, aus dem nur die verdeckten und versteckten Betonklötze und Panzerkuppeln mit ihren Geschützen und M.-G. ragen, deren Feuer überall auf gegenseitige Unterstützung eingestellt ist. Zwischen allen Werken und vor ihnen ist eine ganze Landschaft durch Steilhänge, Gräben, Betonmauern, Eisengitter, unendliche Drahtverhaue verändert und schützt vor Angreifern. Und überall lauert der Tod der unterirdischen Minenfelder.

Seit 1925 hat Frankreich seine offiziellen Ausgaben für den Heereshaushalt um 100 Prozent auf 2,8 Milliarden Reichsmark jährlich erhöht, ähnlich die anderen uns umgebenden Länder. Dazu kommen aber noch die sicher nicht unerheblichen verschleierten Ausgaben!

Das ist das Bild der europäischen Rüstungen, das Bild der Lage, in der man Deutschland die Gleichberechtigung verweigert hat. Angesichts dieser Zahlen ermißt man die geschichtliche Bedeutung des Nein, das Adolf Hitler jedem neuen Diktat entgegenstellt, das die Ungerechtigkeit weiter aufrechterhalten soll, aber auch des Ja, das das deutsche Volk am 12. November zu der wirklichen Friedenspolitik des neuen Deutschland ausgesprochen hat.

V. H. Kuntze.

Deutschland und die Schweiz.

Rudolf Heß vernichtet Hetzlügen.

Unterredung mit einem Schweizer Journalisten.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, gewährte dem Vertreter eines schweizerischen Blattes eine Unterredung, in der er zahlreiche in der Schweiz verbreitete Irrtümer, Vorurteile und ausländische Lügennachrichten über die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland mit überzeugender Klarheit und Eindeutigkeit zurückwies oder richtigstellte.

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß das nationalsozialistische Deutschland unmöglich Sympathien für die demokratische Schweiz hegen könne, antwortete der Stellvertreter des Führers, daß Deutschland seine Sympathien zu anderen Völkern

nicht von deren Staatsform abhängig

mache. Eine Veränderung der deutschen Sympathie zur Schweiz sei durch den Wechsel im deutschen Regierungssystem deshalb nicht eingetreten.

Der Pressevertreter wies dann auf den großen Eindruck hin, den das Ergebnis der Reichstagswahlen in der Schweiz hervorgerufen habe, und fragte den Stellvertreter des Führers, ob etwas Wahres daran sei, daß, wie immer noch behauptet werde, „Terror und Angst" die Leute zur Wahlurne getrieben haben. Rudolf Heß wies diese Behauptungen energisch zurück und erklärte, daß die Wahl vom 12. November bekanntlich als freie und geheime Wahl durchgeführt worden sei.

Im weiteren Verlauf der Unterredung bezeichnete Rudolf Heß die in der Schweiz verbreiteten Gerüchte, ein Ziel der nationalsozialistischen Politik sei die „Einverleibung" der deutschen Schweiz in das Reich, als eine der vielen von antideutschen Propagandazentralen im Ausland verbreiteten

Lügennachrichten.

Kein ernsthafter Mensch in Deutschland denke daran, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten. Auch die in französischen Zeitungen verbreitete Behauptung von einem „Durchmarschplan des deutschen Generalstabes" durch die Schweiz im Falle eines deutsch-französischen Krieges beweise lediglich, wo die Störenfriede der Absicht Hitlers, eine Befriedung Europas herbeizuführen, zu suchen sind.

Der Pressevertreter gab dann der freudigen Überraschung Ausdruck, die die Friedensgedanken des Reichskanzlers in der Schweiz ausgelöst haben, und sagte, man zweifle nicht, daß sie ehrlich gemeint seien, aber man behaupte, daß „maßgebende Unterführer" in der nationalsozialistischen Bewegung Anhänger einer starken Rüstungs- und Revanchepolitik seien. Auch diese Meinung kennzeichnete Rudolf Heß als eine

Auswirkung der Hetz- und Greuelpropaganda,

die die erlogene Behauptung aufgestellt habe, es beständen zwischen dem Führer und maßgebenden Unterführern Meinungsverschiedenheiten. „In Deutschland", erklärte Heß, „führt nach freiem Entschluß der Deutschen nur einer, und das ist Adolf Hitler."

Zum Schluß erklärte Rudolf Heß auf die Frage, ob die geistige Freiheit in Deutschland nicht bedroht sei, ob auf kulturellem Gebiet nicht zu viel reglementiert werde: „Wir reglementieren nicht die Kunst und die Kultur, wir ziehen ihr vielmehr stützende Grenzwälle, die sie vor Zersplitterung und damit vor Unfruchtbarkeit bewahren."

Simons Reisebericht in London.

Frankreich wurde von ihm bereits von Rom aus unterrichtet.

Es hat sich jetzt herausgestellt, warum der englische Außenminister Simon, entgegen allen lieben Gewohnheiten, bei der Rückreise von Rom in Paris trotz zweistündigen Aufenthaltes in der Botschaft nicht wie sonst die geschätzten Freunde an der Seine sofort ins Bild setzte. Er hat nämlich trotz der Eilfertigkeit seiner Abreise von Rom vorher noch Zeit gefunden, mit dem dortigen französischen Botschafter, de Chambrun, zusammenzutreffen und ihm ausführlich zu berichten. Man weiß also in Paris inzwischen genau über alle Einzelheiten der römischen Verhandlungen Bescheid.

Unterdessen ist Sir John Simon in London eingetroffen und hat dem Ministerpräsidenten Macdonald Vortrag gehalten. Im Laufe der Woche wird das ganze englische Kabinett das Ergebnis der Italienreise des Außenministers eingehend beraten. Unterdessen sind auch die beiden englischen Botschafter aus Berlin und Paris in London eingetroffen; sie dürften zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Daß man sich in England hinsichtlich der Haltung Frankreichs keinerlei Illusionen hingibt, geht u. a. aus einem sehr aufschlußreichen Bericht des Londoner „Daily Telegraph" über einen angeblich in der französischen Antwortnote enthaltenen

„Abrüstungsvorschlag" Frankreichs

in der Luft hervor. Es ließ sich sehr entgegenkommend, wenn Frankreich angeblich seine Luftstreitkräfte um die Hälfte vermindern will. Aber die auf diese Weise aus dem aktiven Dienst gezogenen Kampfflugzeuge sollen, so berichtet das englische Blatt, nicht etwa zerstört, sondern nur — in die „Reserve" gestellt werden! Sie würden so also genau wie bisher jederzeit einsatzbereit bleiben. Und selbst die Durchführung dieses plumpen Bluffs macht Frankreich noch von der schon durch Macdonald und Simon wiederholt abgelehnten Internationalisierung der Luftmacht abhängig, ferner von einer

Deutschland auferlegten „Probezeit"

von mehreren Jahren, während der Deutschland nichts für seinen Schutz über das bisherige Maß hinaus tun darf. Mit anderen Worten: nach Frankreichs Willen soll noch auf mehrere Jahre alles beim alten bleiben und Deutschland eine neue diffamierende Probezeit auferlegt werden, ohne Rücksicht darauf, daß eine derartige Zumutung von deutscher Seite schon wiederholt zurückgewiesen ist.

Man braucht nur noch hinzuzufügen, daß der Pariser „Excelsior" auch heute noch die Frage aufwerfen zu können glaubt, ob man Deutschland nicht noch in den „Völkerbund" zurückbringen könne, „ohne ihm seinen Willen zu tun"! Dann hat man das ganze Bild der Unaufrichtigkeit, in der sich die französische Politik heute noch so bewegt, als schrieben wir nicht das Jahr 1934.

Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Die französische Zeitung „Excelsior" veröffentlicht eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Beck, die sich mit den Beziehungen Polens zu den anderen Ländern beschäftigt.

Der polnische Außenminister brachte seine Befriedigung über die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen zum Ausdruck und sagte, er fürchte, daß diese politische Tat bei gewissen Kreisen Bedauern auslösen werde, die die deutsch-polnischen Streitigkeiten als pflichtgemäßen Faktor jeder internationalen Zusammenkunft und als festen Bestandteil der als unlösbar geltenden politischen Probleme ansehen. Die freimütige Aussprache mit der Berliner Regierung bestätige, daß die Wirklichkeit anders sei, als sie gewisse Zeitungen darzustellen versucht hätten.

Französischer Schulzwang im Saargebiet.

Eine Beschwerde der „Deutschen Front" an den Völkerbund.

Die alle nichtmarxistischen Kreise der Saarbevölkerung umfassende „Deutsche Front", die Fraktion der Deutschen Front im Landesrat des Saargebietes, und die Deutsche Gewerkschaftsfront Saar haben erneut eine Denkschrift an den Völkerbundsrat gerichtet, in der sie die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates darauf lenken, daß durch die französische Saargrubenverwaltung und ihrer Angestellten ein unzulässiger und verwerflicher Druck auf die ihnen unterstellten deutschen Bergleute ausgeübt wird, um deren Kinder zum Besuche der französischen Domanialschulen zu zwingen.

Die Denkschrift erwähnt, die Regierungskommission habe am 23. Februar 1925 öffentlich erklärt, sie wolle

die Freiheit der Eltern in der Wahl der Schule

für ihre Kinder wie auch jeden, auf den ein unzulässiger Zwang wegen der Wahl der Schule ausgeübt wird, schützen.

Die Denkschrift erinnert dann an den Strafprozeß vom 7. Dezember 1933 gegen Landesratsmitglied Dr. Röchling und vier andere Saarländer, wobei dreizehn Zeugen

unter Eid

aussagten, daß auf sie ein unzulässiger Zwang in der Schulfrage ausgeübt worden sei. Die Denkschrift führt diese Zeugenaussagen wörtlich an und bemerkt, daß es sich nur um eine kleine Auswahl handele.

Daraus ergebe sich, daß die Regierungskommission ihre Zusage vom 23. Februar 1925 nicht gehalten habe. In der Denkschrift wird daher der Völkerbundsrat gebeten, dafür zu sorgen, daß nötigenfalls durch Entfernung der schuldigen Personen derartige Maßregelungen in Zukunft unterbleiben.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF